Die extreme Rechte zwischen Klimawandelleugnung und Klimanationalismus

Klimawandelleugnung

Wie der menschengemachte Klimawandel geleugnet wird und wieso das überhaupt Menschen machen

Es klingt angesichts zunehmender Extremwetterereignisse weltweit und in Deutschland erstaunlich, aber es gibt immer noch Menschen, die den menschengemachten Klimawandel leugnen oder anzweifeln. Das passiert in durchaus verschiedenen Formen. Manche leugnen, dass es überhaupt global wärmer wird, andere erkennen das an, aber zweifeln den menschengemachten Anteil an. Ob die Personen das individuell wirklich glauben, obwohl alle wissenschaftliche Evidenz das Gegenteil belegt, ist schwer zu sagen. Aber eine Leugnung oder Skepsis kann auch politische Hintergründe haben. Finanzstarke Netzwerke mit Geldgebern aus der fossilen Industrie verbreiten schon seit Jahrzehnten Argumente und pseudowissenschaftliche Studien, um Klimaschutz zu verhindern – hier stehen offensichtlich finanzielle Interessen dahinter. Andere, vor allem extrem rechte Kräfte leugnen den Klimawandel, um Frustration und Unsicherheit im Hinblick auf eine klimaneutrale Wirtschaft für sich zu nutzen und gegen die etablierten Parteien Stimmung zu machen. Wieder andere neigen zu Verschwörungsdenken und dafür bietet der menschengemachte Klimawandel eine nahezu perfekte Ausgangslage als globales Problem, was man nicht unbedingt jeden Tag mit eigenen Augen sehen kann.

Typische Erzählungen – kritisch unter die Lupe genommen

„Das Klima auf der Erde hat sich schon immer gewandelt."	Das ist so korrekt, aber als Aussage irreführend. Die aktuellen Debatten beziehen sich vor allem auf den Zeitraum seit der Industriellen Revolution und hier der Zusammenhang von Treibhausgasen in der Atmosphäre und Klimaerwärmung eindeutig.
„Deutschland ist als Land viel zu klein, um etwas gegen den Klimawandel zu tun...."	Würde wirklich nur Deutschland Klimaschutz betreiben, dann würde das in der Tat nicht viel bringen. Aber sehr viele Staaten haben sich Klimaziele gegeben und ein Industrieland wie Deutschland kann großen Einfluss auf andere Länder nehmen – auch durch eine erfolgreiche Energiewende.

„In China werden massenhaft Kohlekraftwerke gebaut“	Einerseits ja, andererseits baut China auch massiv erneuerbare Energien aus. Das Argument ist eine klassische Verzögerungstaktik: Bevor nicht andere mitmachen, braucht Deutschland gar nicht erst anfangen. Gleichzeitig blendet es die historisch hohen Treibhausgasemissionen in Europa aus.
„Es wird zwar wärmer, aber es ist völlig umstritten, ob der Mensch was damit zu tun hat.“	Das Argument ist ein Zugeständnis an den Trend der globalen Erwärmung, aber soll die menschliche Ursache in Zweifel ziehen. Dabei werden dann meist pseudowissenschaftliche Studien herangezogen, die das belegen sollen. Fakt ist: über 90% der weltweiten Studien zum Klimawandel sehen die Ursache beim Menschen und die gegenteiligen Studien sind eine Ablenkung von Klimaschutzmaßnahmen.
„CO2 ist nicht schädlich, sondern nützlich“	Bis zu einem gewissen Punkt stimmt das. CO2 kann den „Düngeeffekt“ auslösen und das Pflanzenwachstum anregen. Weil mehr CO2 aber gleichzeitig in Folge des Klimawandels für mehr Extremwetterereignisse sorgt, wird der positive Effekt wieder zunichtegemacht. Es handelt sich hier um sogenanntes „Rosinenpicken“ – ein positiver Aspekt wird hervorgehoben und andere Effekte vernachlässigt.

Was genau ist an diesen Erzählungen problematisch?

Klassische Klimawandelleugnung bestreitet entweder die Erderwärmung selbst, den menschlichen Einfluss darauf oder die Notwendigkeit schnellen Handelns. Solche Aussagen widersprechen dem wissenschaftlichen Konsens und verschieben die Debatte weg von belegbaren Fakten. Besonders problematisch ist, dass sie zentrale Grundlagen gemeinsamer Problemlösung angreifen: Wenn Ursachen bestritten werden, erscheinen auch Klimaschutzmaßnahmen unnötig oder übertrieben. Auf diese Weise werden gesellschaftliche Aushandlungen blockiert, Vertrauen in Wissenschaft und Institutionen untergraben und politische Verantwortung abgewehrt.

Obstruktionstaktiken

Wie effektiver Klimaschutz verzögert wird

Der Klimawandel ist nicht nur eine ökologische und technische Herausforderung, er betrifft alle Bereiche der Gesellschaft. Einige Teile der Gesellschaft leiden stärker unter den Auswirkungen des Klimawandels, während andere wiederum sehr viel mehr zu diesem beitragen. So sind etwa die reichsten zehn Prozent der Weltbevölkerung für zwei Drittel der Erderwärmung seit 1990 verantwortlich. Unter der Klimakrise leiden vor allem Länder des Globalen Südens. Aber auch hierzulande sind beispielsweise Frauen, Menschen mit Behinderungen oder nicht-weiße Menschen stärker von den Auswirkungen betroffen.

Um dem Klimawandel zu begegnen, fordern Stimmen aus Wissenschaft, Umwelt- und Wohlfahrtsverbänden und Teilen der Politik eine sozial-ökologische Transformation. Darunter wird ein grundlegender sozialer Wandel hin zu einer nachhaltigen Gesellschaft verstanden, die die fossilnukleare Wirtschaftsweise überwindet. Das bedeutet aber auch, dass Menschen und Einflussgruppen ihre vorherrschende gesellschaftliche Stellung und Privilegien verlieren. Diese Angst vor dem Verlust eint nun unterschiedliche Milieus. In Ablehnung einer sozial-ökologischen Transformation vereinen sich (bewusst oder unbewusst) konservative, liberale, marktlibertäre, aber auch (extrem) rechte Kräfte. Sie leugnen den Klimawandel nicht unbedingt, versuchen aber Klimaschutzmaßnahmen zu verzögern oder gar zu verhindern.

Typische Erzählungen – kritisch unter die Lupe genommen

„Freiheit statt Zwang“	Dieses Narrativ setzt Klimapolitik als Angriff auf persönliche Freiheit. Kritisch daran ist, dass es Freiheit sehr einseitig als Abwehr von Regulierung versteht, nicht aber als Freiheit von Umweltzerstörung, Gesundheitsrisiken oder fossiler Abhängigkeit. Oft wird so individuelle Autonomie gegen kollektive Daseinsvorsorge ausgespielt.
„Klimaideologie“	Hier wird Klimapolitik als dogmatische Weltanschauung abgewertet. Das verschiebt die Debatte weg von überprüfbaren Fakten hin zu einem Kampf zwischen „Ideologie“ und „Vernunft“, obwohl die Klimakrise wissenschaftlich breit belegt ist. Kritisch ist vor allem die Strategie, rationale Auseinandersetzung zu ersetzen durch Delegitimierung von Akteur:innen und Institutionen.
„Deindustrialisierung“	Dieses Narrativ behauptet, Klimaschutz zerstöre den Wirtschaftsstandort. Problematisch ist daran, dass es mögliche Transformationspfade unsichtbar macht und wirtschaftlichen Wandel als reine Verlustgeschichte erzählt. Zugleich wird häufig so getan, als seien Strukturprobleme der Industrie ausschließlich Folge von Klimapolitik, obwohl sie viel breiter gelagert sind.

„Elitenpolitik“	Hier wird Klimapolitik als Projekt abgehobener Eliten gerahmt. Das kann reale Distanz zwischen politischen Entscheidungsebenen und Alltagserfahrungen aufgreifen, kippt aber schnell in pauschale Delegitimierung demokratischer Institutionen. Kritisch ist, dass soziale Konflikte personalisiert werden, statt Machtverhältnisse, Interessen und Verteilungsfragen konkret zu benennen.
„Heimat/Natur schützen“	Dieses Narrativ stellt Klimapolitik als Gefahr für Natur und Heimat dar. Es arbeitet oft mit emotional aufgeladenen Bildern von Verlust, Verdrängung und kultureller Entfremdung, obwohl der Schutz von Natur eigentlich ein Kernziel ökologischer Politik ist. Besonders wirksam ist das Narrativ dort, wo ökologische Maßnahmen als fremdbestimmt oder landschaftsfeindlich inszeniert werden.
„Klimadiktatur“	Hier wird Klimapolitik als autoritäre Herrschaftstechnologie dargestellt. Kritisch ist daran, dass demokratische Aushandlungsprozesse mit diktatorischen Formen gleichgesetzt werden, um Angst zu erzeugen und Kompromissfähigkeit zu unterminieren. Der Begriff verschiebt Aufmerksamkeit weg von der Frage, wie demokratische Transformation sozial gerecht gestaltet werden kann.
„Technik statt Strukturwandel“	Dieses Narrativ behauptet, technische Innovation allein löse die Krise, weshalb tiefere gesellschaftliche Veränderungen unnötig seien. Problematisch ist daran, dass Technik als Ersatz für politische Konflikte, Konsumfragen und Machtverhältnisse verwendet wird. So wird der Eindruck erzeugt, man könne die Transformation ohne Veränderungen von Produktions- und Lebensweisen bewältigen.

Was genau ist an diesen Erzählungen problematisch?

Die Erzählungen sind für sich genommen oft nicht vollständig falsch und wirken deshalb auf den ersten Blick anschlussfähig. Problematisch ist aber, dass sie wichtige Zusammenhänge ausblenden, Zuspitzungen normalisieren und so den Blick auf wirksamen Klimaschutz verstellen. Statt über Ursachen, Machtverhältnisse und konkrete Lösungen zu sprechen, lenken sie die Debatte auf Scheinkonflikte, Ausnahmen oder Einzelaspekte. Genau dadurch wird Klimapolitik als überflüssig, überzogen oder unzumutbar dargestellt - und notwendiges Handeln verzögert oder blockiert. Das passt zu dem Muster klimaschutzablehnender Narrative: Zweifel säen, Verunsicherung verstärken und politische Prozesse verlangsamen.

Klimanationalismus – wie passt das zusammen?

Wie ein globales Problem nationalistisch bearbeitet werden soll

Viele nationalistische und autoritäre Parteien leugnen den menschengemachten Klimawandel und sprechen sich stark gegen Klimaschutzmaßnahmen aus. Sie sehen darin vor allem ein Projekt des politischen Gegners auf der progressiven Seite und nutzen die Opposition für ihre Stimmungsmache. Aber nicht alle leugnen den wissenschaftlichen Konsens des menschengemachten Klimawandels und überlegen, wie die Folgen der Klimakrise für nationalistische Politik genutzt werden kann. Dabei handelt es sich in erster Linie um Akteur*innen, die sich für die heimische Natur einsetzen und diese idealerweise auch gegen die Auswirkungen des Klimawandels schützen möchten. Gleichzeitig hängen sie völkischen und rassistischen Weltbildern an und versuchen beide Themen miteinander zu verbinden. Das wird in der Forschung vermehrt auch mit Ökofaschismus beschrieben – also eine ökologisch ausgerichtete Form des Faschismus. Eine andere Beschreibung dafür kann auch Klimanationalismus sein – wenn Klimapolitik und Nationalismus zusammengedacht werden.

Typische Erzählungen – kritisch unter die Lupe genommen

„Sichere Grenzen sind die beste Umweltpolitik."	Diese Erzählung beschreibt sehr gut die Grundlage von Ökofaschismus und Klimanationalismus. Die deutschen oder europäischen Grenzen sollen geschlossen und Migration verhindert werden. Das sei dann gleichzeitig auch gut für die Umwelt und das Klima, weil die Menschen nicht reisen und in reichen Ländern wie Deutschland automatisch mehr Ressourcen verbrauchen und Emissionen verantworten.
„Die Überbevölkerung ist die Mutter aller Umweltprobleme."	Diese Erzählung hält sich seit über 200 Jahren in umweltbewegten Kreisen. Die nationale Klima- und Umweltpolitik sei gut und ausreichend, aber in den Ländern des globalen Südens mit höheren Geburtenraten gäbe es zu viele Menschen und daher machen diese allein durch ihre Existenz die Effekte wieder kaputt.

„Mehr Klimaschutz verringert Fluchtursachen."	Hier lässt sich aus demokratischer Sicht erstmal zustimmen, da es ein wünschenswertes Ziel ist, allen Menschen ein gutes Leben an ihren Wohnorten zu ermöglichen. Wenn damit allerdings nationalistisch argumentiert wird, weil man auf keinen Fall Geflüchtete aufnehmen möchte und deshalb für Klimaschutz ist, hat das einen rassistischen Unterton.
„Weniger Mobilität schützt das Klima."	Die Aussage ist als Rechnung mit absoluten Zahlen nicht falsch, aber ist irreführend. Von extrem rechter Seite wird gefordert, dass Menschen an ihren Herkunftsorten bleiben, nicht migrieren und zusätzlich der kulturelle Austausch und internationale Gedanke zurückgefahren wird.

Was genau ist an diesen Erzählungen problematisch?

Die Klimakrise ist eine globale Krise mit lokal unterschiedlichen Auswirkungen auf die Lebensbedingungen bis hin zu Verteilungskriegen und Flucht. Insofern braucht es für den Umgang damit auch internationale Lösungsansätze und Strategien. Zwar werden viele politische Entscheidungen in den einzelnen Ländern getroffen und umgesetzt, aber die Welt ist so globalisiert und so stark miteinander vernetzt wie nie zuvor. Nationalistische Alleingänge können daher zu großen Problemen für alle führen. Außerdem stecken in der nationalistischen Klimapolitik auch immer Abwertungen anderer Menschen drin. Es wird nach ethnischer Zugehörigkeit und wirtschaftlicher Nützlichkeit sortiert – das widerspricht den Grund- und Menschenrechten.

Politisches Spannungsfeld Windkraft

Windkraft ist eine sichtbare und lokal wirksame Maßnahme der Energiewende, die in bestimmten regionalen und lokalen Kontexten auf Widerstände stößt und damit auch für (rechts-)populistische Vereinnahmung anschlussfähig ist. Die Anti-Windkraft-Bewegung in Deutschland wird von einem heterogenen Spektrum getragen; nicht alle Akteur:innen leugnen den Klimawandel. Dennoch zeigen sich wiederkehrende Narrative, die gezielt emotionalisieren und politische Konfliktlinien verschärfen. Zu den gängigen Erzählungen gehören unter anderem:

Windkraft als teures, „grünes Elitenprojekt"	Hier werden Ängste vor steigenden Energiepreisen und sozialer Ungerechtigkeit aufgegriffen und zugespitzt. Die Energiewende wird als Projekt einer abgehobenen politischen Elite dargestellt; bereits seit den frühen 2020er Jahren wird dabei gezielt das Feindbild „die Grünen" bedient. Häufig wird zudem argumentiert, der Ausbau erneuerbarer Energien schade der Wirtschaft und führe zu einer „Deindustrialisierung"
Gefährdung von Mensch und Umwelt	Windkraft wird häufig als übermäßig schädlich für Natur und Gesundheit dargestellt. Genannt werden dabei unter anderem Vogelschlag, angeblicher Mikroplastikabrieb oder gesundheitliche Folgen durch Infraschall. Diese Aspekte werden jedoch vielfach wissenschaftlich nicht haltbar oder stark verzerrt dargestellt. Davon zu unterscheiden sind reale Zielkonflikte, die im Ausbau der Windenergie tatsächlich berücksichtigt werden müssen. Dazu zählen insbesondere Eingriffe in sensible Lebensräume und Auswirkungen auf bestimmte Vogel- und Fledermausarten, Nutzungskonflikte mit dem Landschafts- und Denkmalschutz sowie Belastungen für Anwohner:innen durch Lärm oder Schattenwurf. Diese Konflikte sind Gegenstand fachlicher Abwägungs- und Genehmigungsverfahren. In der politischen Kommunikation werden diese realen Zielkonflikte jedoch häufig verkürzt dargestellt oder instrumentalisiert, etwa indem ein grundsätzlicher Gegensatz von „Klimaschutz vs. Umweltschutz" konstruiert wird. „Umweltschutz" wird dabei nicht selten als „Heimatschutz" umgedeutet und an nationalistische Narrative anschlussfähig gemacht.
Unzuverlässigkeit und fehlender Nutzen	Ein weiteres verbreitetes Narrativ ist, Windenergie sei aufgrund ihrer Wetterabhängigkeit grundsätzlich unzuverlässig und könne keine tragende Rolle in der Energieversorgung spielen. Dabei werden technische Entwicklungen, Netzausbau, Speicherlösungen und die Kombination verschiedener erneuerbarer Energien systematisch ausgeblendet.
Eingriff in Landschaft und Lebensqualität	Windkraftanlagen werden als „Verschandelung" von Landschaften dargestellt und mit dem Verlust von Lebensqualität oder regionaler Identität verknüpft. Diese Argumentation ist besonders anschlussfähig in Regionen mit starkem Bezug zu Landschaft, Heimat und Tourismus.

Akteur:innen gegen Windkraft und Verstrickung in rechtspolitische Netzwerke

Es lassen sich verschiedene Vernetzungen zwischen rechtspopulistischen Akteur:innen und der Anti-Windkraft-Szene beobachten. Hierbei handelt es sich um ein heterogenes Netz aus Akteur:innen mit verschhiedenen Bestrebungen. Dazu gehören u.a. die Einflussnahme auf lokaler oder Landesebene, Lobbybestrebungen in Wirtschaft und Politik und populistischer Einflussnahme in Medien auf die breite Gesellschaft. Im Folgenden wird eine Auswahl an relevanten und aktuellen Akteur:innen und Strategien vorgestellt.

Vernunftkraft

Die Bundesinitiative Vernunftkraft e. V. ist ein 2013 gegründeter Verein mit Sitz in Berlin, der sich selbst als Dachverband von Anti-Windkraft-Initiativen versteht. Nach Angaben des Lobbyregisters hatte der Verein Anfang 2024 insgesamt 577 Mitglieder, darunter sowohl Einzelpersonen als auch Organisationen. Zu seinen zentralen politischen Zielen gehören die Abschaffung des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG), ein Stopp des weiteren Ausbaus von Windkraft- und Photovoltaikanlagen sowie die weitere Nutzung von Kohle- und Kernkraftwerken.

Vorsitzender des Vereins ist Nikolai Ziegler, der seit vielen Jahren als Referent im Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz tätig ist. Sein gleichzeitiges Engagement an der Spitze einer Organisation, die sich gegen zentrale Elemente der Energiepolitik der Bundesregierung richtet, hat Kritik ausgelöst. Die Transparenzorganisation Lobbycontrol verweist auf Vorwürfe, dienstliche und private Tätigkeiten nicht hinreichend voneinander zu trennen.

Vernunftkraft unterstützt bundesweit Bürgerinitiativen, die sich gegen Windenergieprojekte engagieren. Der Verein stellt auf seiner Website umfangreiche Informations- und Argumentationsmaterialien zur Verfügung, vermittelt Referent:innen und versorgt lokale Initiativen mit Flyern, Plakaten und weiteren Kampagnenmaterialien. Darüber hinaus unterstützt Vernunftkraft kostenlos Klageverfahren gegen Windenergieprojekte. Der Verein tritt damit nicht nur als Informationsplattform, sondern als bundesweite Koordinierungs- und Vernetzungsstelle der Anti-Windkraft-Bewegung auf.

Vernunftkraft präsentiert sich als Graswurzelbewegung, stellt jedoch tatsächlich professionelle Strukturen zur Unterstützung lokaler Initiativen bereit. In diesem Zusammenhang wird der Verein als Beispiel für sogenanntes Astroturfing angeführt – also für eine zentral organisierte Kampagne, die den Eindruck einer spontanen Bürgerbewegung vermittelt.

Inhaltlich vertritt Vernunftkraft die Auffassung, dass der Ausbau von Windkraft, Photovoltaik und Biomasse keinen messbaren Einfluss auf das globale Klima habe und keine tragfähige Alternative zu Kernkraftwerken darstelle. Lobbypedia weist darauf hin, dass diese Argumentationsmuster weitgehend mit Positionen übereinstimmen, die von Organisationen vertreten werden, welche den menschengemachten Klimawandel bestreiten. Zudem werden personelle und politische Verbindungen zur AfD sowie zum Europäischen Institut für Klima und Energie (EIKE) dokumentiert. So gibt es mehrere personelle Überschneidungen zwischen AfD-Mitgliedern und Funktionsträger von Vernunftkraft.

Astroturfing als zentrale Strategie

Astroturfing bezeichnet Strategien, bei denen zentral organisierte Akteur:innen den Eindruck erwecken, es handle sich um spontane, lokal verankerte Bürgerbewegungen. In der Anti-Windkraft-Szene zeigt sich dies etwa darin, dass professionell vernetzte Initiativen als „unabhängige" Protestgruppen auftreten.

Durch diese Inszenierung wird gesellschaftlicher Rückhalt suggeriert, um politische Entscheidungsprozesse zu beeinflussen und den Ausbau erneuerbarer Energien zu delegitimieren.

EIKE e.V.

Das „Europäische Institut für Klima und Energie" fungiert als zentraler Akteur klimaskeptischer und klimapolitisch desinformierender Netzwerke in Deutschland und wirbt für Vernunftkraft. Der Verein tritt als wissenschaftliche Institution auf, betreibt jedoch keine eigene Forschung, sondern verbreitet gezielt Zweifel am wissenschaftlichen Konsens zum Klimawandel. EIKE ist international vernetzt, unter anderem mit dem US-amerikanischen Heartland Institute.

Vizepräsident Michael Limburg, AfD-Mitglied arbeitete [FT2.1]auf einer Viertelstelle beim AfD-Bundestagsabgeordneten Karsten Hilse, Mitglied des Arbeitskreises Umwelt der AfD-Bundestagsfraktion. Limburg hat am Programm der AfD mitgewirkt und war mindestens zeitweise Mitglied des Bundesfachauschusses Energie der Partei.

Auch EIKE-Pressesprecher Horst-Joachim Lüdecke war war mindestens zeitweise Mitglied dieses Ausschusses und wurde mehrfach von der AfD als Sachverständiger, so etwa 2019 in den Umweltausschuss des Deutschen Bundestages, geladen.

Umgang mit extrem rechten Akteur: innen

Der Umgang mit extrem rechten Akteur*innen lässt sich nicht nach einem festen Rezept organisieren. Je nach Kontext braucht es unterschiedliche Strategien auf organisationaler und individueller Ebene. Wichtig ist dabei immer, die eigene Haltung zu klären und mögliche Gegenreaktionen von Anfang an mitzudenken.

Auf Organisationsebene

Auf Organisationsebene kann es sinnvoll sein, extrem rechte Positionen einzuordnen, zu debunken und inhaltlich aufzuarbeiten. Ebenso wichtig sind Information, Aufklärung und Sensibilisierung, damit problematische Narrative überhaupt erkannt werden. Dazu gehört auch, die eigenen Leitbilder zu schärfen und sich klar abzugrenzen. In manchen Fällen können auch formale Schritte wie Satzungsänderungen oder Unvereinbarkeitsbeschlüsse notwendig sein. Ergänzend kann es hilfreich sein, eigene Themen zu setzen und positive Visionen zu entwickeln, statt immer nur auf rechte Narrative zu reagieren. Bündnisse und Kooperationen können zudem dabei helfen, handlungsfähiger zu werden.

Auf individueller Ebene

Auch individuell gilt: Jede klare Reaktion ist besser als keine. Wer regelmäßig den Umgang mit rechten Argumenten übt, gewinnt mehr Sicherheit, kann die eigenen Positionen schärfen und lernt typische Gesprächsstrategien und Parolen besser zu erkennen. Dabei braucht es nicht immer tiefes fachliches Spezialwissen, um eine Aussage wirksam zu entkräften. Oft reichen eine klare Haltung, gute Vorbereitung und ein reflektierter Umgang mit dem Gespräch

Gesprächsstrategien

Überzeugen Eine Möglichkeit ist das Überzeugen. Dabei helfen nachvollziehbare Fakten, eine sachliche und gut strukturierte Erklärung sowie Raum für Nachfragen. Wichtig ist, nicht in eine Moralpredigt zu verfallen. Wenn ein Weltbild ins Wanken gerät, sollte man zugleich alternative Sichtweisen anbieten, damit nicht nur Kritik entsteht, sondern auch Anschluss an andere Deutungen möglich wird.

Hinterfragen Eine weitere Strategie ist das Hinterfragen. Sie kann dazu beitragen, dass Gesprächspartner*innen ihre Position selbst kritisch überdenken. Dafür braucht es genaues Hinhören, gezielte Fragen und die Bereitschaft, Widersprüche oder brüchige Argumentationen sichtbar zu machen. Besonders hilfreich ist diese Methode, wenn es darum geht, kritisches Denken anzuregen und das eigene Weltbild ins Gespräch zu bringen.

Forcieren von Gegenstimmen

In Gruppen oder Seminarkontexten kann das Forcieren von Gegenstimmen sinnvoll sein. Wenn nicht nur eine Person widerspricht, sondern auch andere Teilnehmende oder die Seminarleitung klar Stellung beziehen, wird die Grenze deutlicher. So lassen sich auch die Grenzen der Meinungsfreiheit sichtbar machen. Diese Strategie ist besonders dort hilfreich, wo gruppendynamisch gearbeitet wird und der Widerspruch aus der Peergroup eine große Wirkung entfalten kann.

Unterbinden

Das Unterbinden bestimmter Aussagen ist eine radikale, aber manchmal notwendige Form der Reaktion. Dabei geht es nicht darum, die Meinungsfreiheit einzuschränken, sondern klar für Menschenrechte und Demokratie einzustehen. Gerade in pädagogischen oder moderierenden Rollen kann das auch eine wichtige Vorbildfunktion haben. Dennoch sollten, wo immer möglich, die dialogischen und reflektierenden Methoden bevorzugt werden, weil sie eher auf Lernen und Auseinandersetzung zielen.

Nachhaken

Um genauere Ausführung der verkürzten Argumente bitte. Wie genau ist das gemeint und was bedeutet das letztlich?

Widersprüche aufdecken

Wenn nach dem Nachhaken Widersprüche auftreten, gezielt darauf hinweisen. „Wenn Deutschland alleine nichts machen kann, wieso sollten es dann überhaupt noch internationale Abkommen geben?“ Die internationale Ordnung ist zwar starken Angriffen von autoritären Regierungen ausgesetzt, aber ein kompletter Rückzug ins Nationale kann wohl kaum eine Lösung sein.

Quellen einfordern

Woher kommen die Quellen? Gibt es dafür irgendwelche Belege? Die angeführten Studien von Klimawandelleugner*innen kommen meist von pseudowissenschaftlichen Instituten und fachfremden Autor*innen. Wieso sollten ausgerechnet diese die enorme Zahl an seriösen Studien widerlegen?

PLURV-Techniken kennen

PLURV steht für **P**seudoexpert*innen, **L**ogikfehler, **u**nerfüllbare Erwartungen, **R**osinenpicken, **V**erschwörungserzählungen. Nach diesem Muster laufen viele Argumentationen ab. Wenn du diese kennst, dann kannst du auch besser darauf reagieren.

Weiterführende Beratungsstellen:

- Mobile Beratungsteams gegen Rechtsextremismus bei konkreten Fällen extremistischer Einflussnahme
- KoopWind (für branchenspezifische Beratung in der Konflikttransformation)
- GegenArgumente (für Beratung und Argumentationstraining)
- FARN Regio-Projekt (für Einzelfälle zur Einordnung und Verweisberatung)

Weiterführende Quellen

- FARN: Zusammenfassender Artikel zu WindkraftgegnerInnenschaft:
  https://www.nf-farn.de/energiewende-stimmengewirr-differenzierter-blick-gegnerinnen-windkraft

- Patz, Janine (2024): Klima der Desinformation. Über die Verknüpfung von Rechtspopulismus und Klimawandelleugnung.
  https://www.idz-jena.de/fileadmin/user_upload/Projektberichte/FGZ_Analyse_Klima_der_Desinformation_web klein_safe.pdf

- Untersuchung des BfN: „Akzeptanzfördernde Faktoren erneuerbarer Energien“
  https://bfn.bsz-bw.de/frontdoor/index/index/docId/28

- Widersprechen und sich positionieren. Gesprächsstrategien gegen rechte und diskriminierende Aussagen (Rosa-Luxemburg-Stiftung):
  https://www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/sonst_publikationen/Broschur_A6_Rechtspopulismus_7.Auflage_Web.pdf